



Protokollauszug

aus der
27. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 25.01.2017

öffentlich

**Top 6.12 Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen
16/SVV/0746
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen **zuzustimmen**:

Die Stadtverordnetenversammlung hält daran fest, ein Rauchverbot in den Haltestellenbereichen des öffentlichen Nahverkehrs durchzusetzen.

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb eine Kampagne für ein Rauchverbot **Rauchverzicht** in den Haltestellenbereichen vorzubereiten.*

*Dazu sollten auch Erfahrungen aus anderen Kommunen in der Bundesrepublik genutzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Januar~~ **März** 2017 über den Stand der Vorbereitung dieser Kampagne zu informieren.*

Der **Hauptausschuss** schließt sich dem an und empfiehlt darüber hinaus die Ergänzung um den folgenden Satz:

Der Oberbürgermeister - in seiner Funktion als Präsident des Städte- und Gemeindebundes - wird beauftragt, beim Land Brandenburg auf eine Änderung der rechtlichen Ermächtigung hinzuwirken.

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfohlenen Änderungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Abstimmung:

Die vom Hauptausschuss empfohlene Ergänzung um einen Satz wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Verkehrsbetrieb eine Kampagne für ein Rauchverzicht in den Haltestellenbereichen vorzubereiten.

Dazu sollten auch Erfahrungen aus anderen Kommunen in der Bundesrepublik genutzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2017 über den Stand der Vorbereitung dieser Kampagne zu informieren.

Der Oberbürgermeister - in seiner Funktion als Präsident des Städte- und Gemeindebundes - wird beauftragt, beim Land Brandenburg auf eine Änderung der rechtlichen Ermächtigung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

bei einigen Stimmenthaltungen.